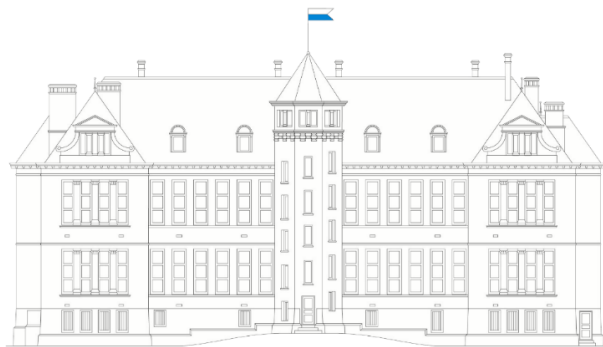


EUROPABERICHT

Sonderausgabe zum Start der Deutschen Ratspräsidentschaft



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT	3
Deutschland hat seit dem 01.07.2020 den Vorsitz im Rat inne.....	3
Bundeskanzlerin zum Auftakt der Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament	3
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	5
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMI.....	5
Informeller JI-Rat am 07.07.2020: Polizeiliche Zusammenarbeit und Seenotrettung.....	5
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	7
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMB	7
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ	8
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Bereich des StMJ.....	8
Virtuelle Justizministerkonferenz	8
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS	10
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMUK.....	10
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	11
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMWK.....	11
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	12
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMFH	12
Bundeskanzlerin zum Auftakt der Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament und im Gespräch mit EU-Spitzen (EU-Haushalt)	12
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	13
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMWi	13
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	14
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Bereich des StMUV	14
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	15
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMELF	15
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	16
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMAS	16
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	17
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Bereich des StMGP	17
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	18
Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMD	18



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

Deutschland hat seit dem 01.07.2020 den Vorsitz im Rat inne

Seit dem 01.07.2020 hat Deutschland den Vorsitz im Rat inne und ist damit turnusgemäß für die kommenden sechs Monate (01.07.2020 - 31.12.2020) zentraler Motor und zugleich Moderator der 27 EU-Mitgliedstaaten. „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ ist das von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* gesteckte Ziel. Der erste und für den gesamten weiteren Fahrplan bestimmende Meilenstein ist das Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU-27 am 17./18.07.2020. Zwei Tage soll dabei über den mehrjährigen Finanzrahmen und den sog. Corona-Wiederaufbaufonds verhandelt werden – erstmals seit der Pandemie wieder physisch. Neben dem siebenjährigen Haushalt und einem zukunftsgerichteten Wiederaufbau mit Green Deal und Digitalisierung sind u. a. die zukünftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich, der Neuanfang bei der Reform des Gemeinsamen Asylsystems und die Stärkung der internationalen Handlungsfähigkeit Europas (europäische Werte und Interessen) weitere Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft.

Folgen werden im Rahmen der Trio-Präsidentschaft Portugal (1. Hj. 2021) und Slowenien (2. Hj. 2021).

[Homepage der Präsidentschaft](#)

[Präsidentschaftsprogramm](#)

[Digitaler Kalender](#) (Politische Termine und Veranstaltungen)

Bundeskanzlerin zum Auftakt der Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament

Am 08.07.2020 stellte Bundeskanzlerin *Angela Merkel* im Europäischen Parlament (EP) das Präsidentschaftsprogramm „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ vor. In ihrer Rede appellierte sie an den Zusammenhalt in der „größten Bewährungsprobe in der Geschichte der Europäischen Union“. Die Kanzlerin hob fünf Bereiche hervor, um vereint und stark aus der Krise zu gehen: Grundrechte, Solidarität und Zusammenhalt, Klimawandel, Digitalisierung und die Rolle Europas in der Welt. „Deutschland ist bereit, außergewöhnliche Solidarität zu zeigen“ für ein grüneres, innovativeres, nachhaltigeres, digitaleres und wettbewerbsfähigeres Europa, unterstrich *Merkel*. Sie schloss mit den Worten „Europa ist in der Lage, Großes zu erreichen, wenn wir zusammenarbeiten und solidarisch zusammenstehen“.



**Sonder-Europabericht der Vertretung des
Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 12/2020 vom 10.07.2020**



Am Abend traf die Kanzlerin mit Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen*, Ratspräsident *Charles Michel* und Parlamentspräsident *David Sassoli* zusammen. Alle vier erklärten eine rasche Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen und den Wiederaufbaufonds, möglichst noch im Juli, zur obersten Priorität (siehe hierzu auch Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP zur Aussprache mit der Bundeskanzlerin](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Bundesregierung zur Aussprache mit der Bundeskanzlerin](#)

[Rede der Bundeskanzlerin / Manuskript](#)

[Rede der Kommissionspräsidentin im EP](#)

[Erklärung der Kommissionspräsidentin über das Treffen mit *Merkel, Michel* und *Sassoli*](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMI

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat, flankierend zum deutschen Ratspräsidentschaftsprogramm, ein eigenes Arbeitsprogramm veröffentlicht, das in die drei Kapitel „Gemeinsam in einer starken Gesellschaft leben“, „Gemeinsam europäische Migrationsfragen lösen“ und „Gemeinsam für die Sicherheit aller sorgen“ gegliedert ist. Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Inneres werden demnach u. a. sein:

- Starke Gesellschaft: EU-Arbeitsplan für den Sport 2021 - 2024, informelles Integrationsministertreffen, Fortentwicklung des EU-Katastrophenschutzverfahrens, Kampf gegen Antisemitismus und Antiziganismus.
- Migration: Voranbringen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems auf Basis des angekündigten Migrationspakts der Kommission, Rückkehrpolitik, legale Migration, Zusammenarbeit mit Herkunftsstaaten, europäische Migrationslageanalysen, EU-Visahebel, Frontex-Mandat operationalisieren, zeitlich vorgezogene Einsatzfähigkeit der 10.000 Grenzschützer, grenzüberschreitende Polizeikooperation, Interoperabilität der EU-Datenbanken.
- Sicherheit aller: Europäische Polizeipartnerschaft (siehe hierzu auch Beitrag zum informellen JI-Rat am 07.07.2020 in diesem EB), Terrorismusbekämpfung sowie der Kampf gegen gewaltbereiten Rechtsextremismus, Kampf gegen Hasskriminalität, Voranbringen der Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, Radikalisierungsprävention, Erhöhung der Cybersicherheit u. a. durch ein einheitliches Mindestmaß an IT-Sicherheit und ein europäisches Zentrum für Cybersicherheit sowie die Abwehr hybrider Bedrohungen.

[Gemeinsam in Europa - Gemeinsam für Europa: Arbeitsprogramm des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020](#)

[Gemeinsam. Europa wieder stark machen – Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 01.07.2020 - 31.12.2020](#)

Informeller JI-Rat am 07.07.2020: Polizeiliche Zusammenarbeit und Seenotrettung

Am 07.07.2020 tagten die EU-Innenminister in Form einer informellen Videokonferenz erstmals unter deutschem Ratsvorsitz. Auf der Tagesordnung standen die Themen polizeiliche Zusammenarbeit sowie Seenotrettung.



**Sonder-Europabericht der Vertretung des
Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 12/2020 vom 10.07.2020**



- Europäische polizeiliche Zusammenarbeit: Die Mitgliedstaaten seien sich einig gewesen, dass die europäischen Agenturen Frontex und Europol finanziell wie konzeptionell angemessen auszustatten seien; bei den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen seien in diesem Bereich finanzielle Kürzungen unbedingt zu vermeiden. Thematisch seien sowohl die Drogenkriminalität als auch der Kindesmissbrauch drängende Herausforderungen, die EU-weit zu bekämpfen seien.
- Im Bereich der Migrationspolitik bestehe unter den Mitgliedstaaten Konsens, dass man sich dringend weg von ad hoc Lösungen (Seenotrettung) hin zu einer nachhaltigen Lösung (Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems) entwickeln müsse. Die für September angekündigten Vorschläge der Kommission gelte es abzuwarten. Bis dahin seien einige Mitgliedstaaten im Falle einer unverhältnismäßigen Überlastung Italiens, Maltas oder Griechenlands weiterhin bereit, zu unterstützen. Aus Sicht des Bundesinnenministeriums bedürfe eine nachhaltige Lösung eines Dreiklangs aus Asylverfahren an den Außengrenzen, Rückführungen nicht Schutzberechtigter durch Frontex sowie legaler Migration.

[Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 07.07.2020](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMB

Unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ steht für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die nachhaltige Überwindung der Corona-Pandemie sowie die wirtschaftliche und soziale Erholung im Mittelpunkt. Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB sind u. a.:

- Bauen und Wohnen: Die Ratspräsidentschaft möchte eine nachhaltige und ausgewogene Raum- und Stadtentwicklung voranbringen. Hierfür soll die überarbeitete Territoriale Agenda 2030 diskutiert und die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ (2007) fortgeschrieben werden. Darüber hinaus wird sich die Ratspräsidentschaft mit der „Renovierungswelle“ der Kommission auseinandersetzen, die im dritten Quartal 2020 vorgelegt wird.
- „New Mobility Approach“: Der Verkehrssektor soll im Sinne des „Green Deals“ eine Vorreiterrolle bei der Einsparung von CO₂-Emissionen und beim Einsatz alternativer Kraftstoffe spielen. Dabei möchte sich die Ratspräsidentschaft mit zwei Gesetzesvorschlägen der Kommission für nachhaltige Flug- und Schiffskraftstoffe auseinandersetzen, die im vierten Quartal 2020 vorgelegt werden. Zudem soll bei der Überarbeitung der Eurovignetten-Richtlinie ein verursachergerechtes Preissystem für die Straßennutzung gefunden werden.
- Digitalisierung des Verkehrssektors: Die „digitale Transformation“ betrifft auch den Verkehrssektor. Die Ratspräsidentschaft möchte sich mit der EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität auseinandersetzen, die von der Kommission im vierten Quartal 2020 vorgelegt wird. Zudem wolle man die Vorschläge der Kommission zum Einheitlichen Europäischen Luftraum (SES) aufgreifen, um die Flugsicherung zu modernisieren. Gleichzeitig solle durch die Digitalisierung die Verlagerung des Straßengüterverkehrs auf die Schiene vorangebracht werden. Im grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr müsse auch an digitalen Buchungsplattformen gearbeitet werden.
- Güterverkehr in Zeiten von Corona: Die Ratspräsidentschaft möchte einen Notfallplan für den Güterverkehr erarbeiten. Dieser soll Regeln u. a. für das Einrichten bevorzugter Fahrspuren („green lanes“) und das Ein-/Ausreisen von Beschäftigten im Verkehrswesen umfassen.

Zukunft der Mobilität in Passau/Bad Griesbach stattfinden. Zudem ist ein informelles Ministertreffen Raum- und Stadtentwicklung vom 29.11.2020 - 01.12.2020 in Leipzig zur Unterzeichnung der „Neuen Leipzig-Charta“ geplant.

[Website der deutschen EU-Ratspräsidentschaft](#)

[Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Bereich des StMJ

Aus dem Präsidentschaftsprogramm sind u. a. folgende Themen, für die sich Deutschland einsetzen will, von besonderem Interesse für das StMJ:

- Menschenzentrierte Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz;
- bessere Haftungs- und Sicherheitsvorschriften für die Plattformökonomie und digitale Dienste;
- Schutz geistigen Eigentums;
- Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung;
- Ratifikation der Istanbul-Konvention des Europarats durch die EU und die Mitgliedstaaten;
- Dialog zum Thema Rechtsstaatlichkeit auf Grundlage des ersten jährlichen Berichts der Kommission sowie Verknüpfung von EU-Haushaltsmitteln mit der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards;
- Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention;
- Bekämpfung von Hasskriminalität, Rassismus und Antisemitismus;
- Stärkung der justiziellen Zusammenarbeit zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, etwa durch grenzüberschreitende Gewinnung elektronischer Beweismittel;
- Koordinationsmechanismen für Krisenzeiten insbesondere bei Auslieferung und Überstellung;
- Ausbau der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen.

[Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft](#)

Virtuelle Justizministerkonferenz

Am 06.07.2020 fand das erste (virtuelle) Treffen der EU-Justizministerinnen und Justizminister unter deutschem Vorsitz statt.

Einer der Schwerpunkte der Konferenz war der Umgang mit der Corona-Pandemie in freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratien. Kommissar für Justiz *Reynders* erklärte in einer nachfolgenden Pressekonferenz, die Kommission werde in ihrem für September erwarteten Rechtsstaatlichkeitsbericht Ausführungen zu einigen Notmaßnahmen der Mitgliedstaaten aufnehmen.

Den zweiten Schwerpunkt bildete ein Austausch zur Bekämpfung von Hassrede und Desinformation im Netz. Die Krise habe nochmals die Dringlichkeit dieses Themas verdeutlicht. Dabei habe es zwischen den



**Sonder-Europabericht der Vertretung des
Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 12/2020 vom 10.07.2020**



Justizministerinnen und Justizministern große Übereinstimmung dazu gegeben, dass freiwillige Selbstverpflichtungen nicht (mehr) genug seien – weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene.

Daneben standen das Thema Opferschutz auf der Agenda, ebenso wie Legal Tech und Zugang zum Recht.

[Pressemitteilung des deutschen Vorsitzes](#)

[Zur Pressekonferenz mit Bundesjustizministerin *Lambrecht*, EU-Vizepräsidentin *Jourová* und Kommissar *Reynders*](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMUK

Unter dem übergreifenden Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ wird sich die deutsche Ratspräsidentschaft im Bildungsbereich prioritär mit folgenden Themen auseinandersetzen: die Verhandlung und Verabschiedung einer Ratsempfehlung zur Beruflichen Bildung; die Verhandlung und Verabschiedung von Ratschlussfolgerungen zum aktuellen Stand und den Perspektiven der Initiative „Europäische Hochschulnetzwerke“; die Verhandlung und Verabschiedung von Ratschlussfolgerungen zum „Aktionsplan Digitale Bildung“ der Kommission, der im September 2020 veröffentlicht werden soll; die Diskussion der für September 2020 geplanten Mitteilung der Kommission zur Weiterentwicklung des Europäischen Bildungsraumes einschließlich der Weiterentwicklung des Kooperationsrahmens für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET2020“) sowie die Verabschiedung einer sog. Osnabrücker Erklärung der Bildungsminister/innen zur Fortsetzung des Kopenhagener Prozesses im Bereich der Beruflichen Bildung. Die deutsche Ratspräsidentschaft beabsichtigt schließlich, die Trilog-Verhandlungen zwischen Kommission, Europäischem Parlament und Rat zur neuen Erasmus+-Verordnung für den Zeitraum von 2021 - 2027 voranzutreiben und – wenn möglich – zum Abschluss zu bringen.

Während der deutschen Ratspräsidentschaft werden eine formelle Sitzung des Bildungsministerrates am 30.11.2020 und zusätzlich ein informelles Treffen der Bildungsminister/innen am 16./17.09.2020 in Osnabrück stattfinden.

[Prioritäten und Programm der deutschen Ratspräsidentschaft](#)

[Trioprogramm des Rates](#)

[Programm der deutschen Ratspräsidentschaft für Bildung, Forschung und Innovation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMWK

In den Bereichen Forschung, Hochschulbildung und Kultur wird im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft der Abschluss der Trilog-Verhandlungen der jeweiligen Förderprogramme Horizont Europa, Erasmus+ und Kreatives Europa für die Förderperiode 2021 - 2027 angestrebt.

Im Forschungs- und Hochschulbereich sind daneben u. a. Ratsschlussfolgerungen zur Stärkung und Fortentwicklung des Europäischen Forschungsraumes geplant. In diesem Zusammenhang ist auch die Unterzeichnung der sog. Bonner Erklärung zwischen den Mitgliedstaaten und weiteren internationalen Partnern vorgesehen, die u. a. die Entwicklung von gemeinsamen Werten und -Prinzipien für effektive, freie und verantwortungsvolle Forschung und Innovation beinhalten soll. Ebenfalls Ratsschlussfolgerungen sollen zum aktuellen Stand und den Perspektiven der Initiative „Europäische Hochschulnetzwerke“ verhandelt und beschlossen werden. Ferner soll der Abschluss der Verhandlungen zur Verordnung zum Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) vorangetrieben werden.

Im Kulturbereich wird neben der Bewältigung der Folgen der Coronakrise thematisch die Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Kreativsektor im Mittelpunkt stehen, wozu ebenfalls Ratsschlussfolgerungen beschlossen werden sollen.

Wichtige Termine:

- Formelle Forschungsministerräte am 25.09.2020 und 27.11.2020
- Informelles Treffen der Forschungsminister am 21.07.2020
- Ministerkonferenz zum Europäischen Forschungsraum am 20.10.2020
- Formeller Kulturministerrat am 01.12.2020

[Prioritäten und Programm der deutschen Ratspräsidentschaft](#)

[Programm der deutschen Ratspräsidentschaft für Bildung, Forschung und Innovation](#)

[Schwerpunkte im Bereich Kultur und Medien](#)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMFH

Unter dem Leitgedanken „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ präsentierte die deutsche Ratspräsidentschaft inhaltliche Prioritäten insbesondere zur wirtschaftlichen und sozialen Erholung der EU. Hierzu zählt als Kernthema eine Einigung zum nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021 - 2027 samt geplantem neuen Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ über ggf. 750 Mrd. €. Aber auch Fortschritte bei einer effektiven globalen Mindestbesteuerung für Unternehmen, die faire internationale Besteuerung digitaler Unternehmen, die Verstärkte Zusammenarbeit für eine Finanztransaktionssteuer, bessere Amtshilfe in Steuersachen und praktische Maßnahmen zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug sollen Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft sein. Außerdem möchte Deutschland eine Fortentwicklung der Bankenunion unterstützen, die Kapitalmarktunion vertiefen und vor dem Hintergrund sog. Krypto-Assets die angekündigte Digital-Finance-Strategie der Kommission unterstützen, um zur Souveränität des europäischen Finanzmarktes beizutragen. Das EU-Beihilferecht soll insbesondere zur Schaffung von Infrastrukturen wie Breitbandnetzen modernisiert, der Datenzugang sowie -austausch verbessert und die Cybersicherheit in der EU gestärkt werden.

[Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft](#)

[Webseite zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft](#)

Bundeskanzlerin zum Auftakt der Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament und im Gespräch mit EU-Spitzen (EU-Haushalt)

Am 08.07.2020 stellte Bundeskanzlerin *Angela Merkel* im Europäischen Parlament (EP) das deutsche Präsidentschaftsprogramm „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ vor. Sie unterstrich in der Debatte mit den Abgeordneten u. a., sie wolle einen Aufbruch für Europa und dieser Überzeugung folge auch der deutsch-französische Vorschlag für einen Aufbaufonds über 500 Mrd. € vom 18.05.2020. Es sei erfreulich, dass die Kommission viele Aspekte dieser Initiative in ihrem Vorschlag für den mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021 - 2027 und das Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ berücksichtige. Nach dem Parlamentstermin fand ein Treffen der Bundeskanzlerin mit Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen*, Ratspräsident *Charles Michel* und EP-Präsident *David Sassoli* zum Wiederaufbaupaket statt. Die Teilnehmer erklärten eine rasche Einigung zur obersten Priorität und bekräftigten ihr starkes Engagement, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die sozialen Auswirkungen abzumildern und der europäischen Wirtschaft zu helfen, sich rasch zu erholen. Eine Lösung bereits beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 17./18.07.2020 sei von wesentlicher Bedeutung.

[Erklärung zum Treffen zwischen Bundeskanzlerin Merkel, Kommissionspräsidentin von der Leyen, EP-Präsident Sassoli und Ratspräsident Michel vom 08.07.2020](#)

[Pressemitteilung des EP zur Debatte mit Bundeskanzlerin Merkel vom 08.07.2020](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMWi

Die sechs Leitgedanken der deutschen Ratspräsidentschaft sind: (1) die dauerhafte Überwindung der COVID-19-Pandemie und die wirtschaftliche Erholung (2) ein stärkeres und innovativeres Europa (3) ein gerechtes Europa (4) ein nachhaltiges Europa (5) ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte (6) ein starkes Europa in der Welt. Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMWi finden sich in allen dieser Bereiche. Besonders hervorzuheben sind die Erholung der Wirtschaft nach der Corona-Krise und die Bedeutung der Industriepolitik und der KMU-Politik hierfür, eine zügige Fortsetzung der Verhandlungen zum künftigen mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 sowie der zugrunde liegenden Programme beispielsweise der Kohäsionspolitik und der Forschungsförderung „Horizon Europe“, die laufenden Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zu Großbritannien, die Themen Digitalisierung, Klimaschutz (Green Deal) und Wasserstoff. Nach der deutschen Ratspräsidentschaft wird Portugal den Vorsitz im Rat übernehmen.

[Website der deutschen Ratspräsidentschaft](#)

[Programm](#)

[Kalender](#)

[Programm der Triopräsidentschaft Deutschland, Portugal, Slowenien](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Bereich des StMUV

In den Bereichen Umwelt und Verbraucherschutz sieht das Programm der deutschen Ratspräsidentschaft folgende Schwerpunkte vor:

Umwelt

Die Implementierung des Grünen Deals soll umfassend begleitet und in allen betroffenen Ratsformationen vorangebracht werden. Geplant sind Ratsschlussfolgerungen zum neuen Aktionsplan Kreislaufwirtschaft und der EU-Biodiversitätsstrategie 2030. Die Verhandlungen zum achten Umweltaktionsprogramm und zum angekündigten Konzept der Kommission für die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sollen begonnen sowie der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten behandelt werden. Ein Schwerpunkt ist der Klimaschutz: die Beratungen zum Klimagesetz sowie die Festlegung auf ein neues 2030-Klimaziel sollen abgeschlossen werden und die internationale Klimadiplomatie ambitioniert und engagiert vorangetrieben werden.

Verbraucherschutz

Im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes sollen Ratsschlussfolgerungen zu Fragen des Tierwohls sowie der Kennzeichnung von Lebensmitteln angenommen werden und die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vorangebracht werden. Im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes sollen Verhandlungen über die neue angekündigte neue EU-Verbraucher-Agenda begonnen werden.

[Programm der deutschen Ratspräsidentschaft](#)

[Programm der Triopräsidentschaft](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMELF

Für den Geschäftsbereich des StMELF ist im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft von Bedeutung, dass für die Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eine Allgemeine Ausrichtung des Rates und bezüglich der „Farm to Fork“- und Biodiversitätsstrategie sowie zum Aktionsplan Kreislaufwirtschaft Schlussfolgerungen des Rates angestrebt werden. Die Beratungen zum europäischen Klimagesetz und zur Anpassung der Treibhausgas-Einsparziele 2030 sollen im Rat abgeschlossen werden. Zu Aspekten des Tierwohls und zur Lebensmittelkennzeichnung sind Ratsschlussfolgerungen beabsichtigt. Im Bereich Fischerei sollen Verhandlungen über die Fangmöglichkeiten im Jahr 2021 geführt werden.

Im gemeinsamen Achtzehnmonatsprogramm der neuen Triopräsidentschaft verpflichten sich die drei Vorsitze, alles dafür zu tun, dass die Legislativvorschläge der GAP rechtzeitig angenommen werden und sich außerdem für eine nachhaltige und kreislauforientierte Landwirtschaft und Fischerei sowie für entsprechende Ernährungssysteme einzusetzen. Ferner für eine nachhaltige Forstwirtschaft im Einklang mit einer verstärkten EU-Forststrategie, eine nachhaltige Bioökonomie sowie für Tierschutz.

[Programm der deutschen Ratspräsidentschaft](#)

[Internetauftritt der deutschen Ratspräsidentschaft](#)

[Programm der Triopräsidentschaft](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMAS

Aufbauend auf einer entsprechenden Initiative der Kommission (EB 10/20) will sich die Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft u. a. für die Entwicklung eines europäischen Rahmens für Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten stark machen, um den Schutz von Arbeitnehmern sowie die Rolle der Sozialpartner zu stärken. Geplant sind ferner Ratsschlussfolgerungen zu den Rechten der Saisonarbeitnehmer, zum Schutz durch nationale Mindestsicherungssysteme sowie zu globalen Lieferketten.

Auch die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für die Bundesregierung ein Schwerpunktthema. Dabei gelte es prioritär das Gebot des gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer zu verwirklichen und geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen. Verhandelt werden sollen zudem Ratsschlussfolgerungen über die Bewertung und Verteilung bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit. Mit Schlussfolgerungen des Rates sollen zudem die Rechte und Teilhabe älterer Menschen im Zeitalter der Digitalisierung unterstützt werden.

Die formellen Treffen der Arbeits- und Sozialminister (EPSCO) sind für den 13.10.2020 und 03.12.2020 in Luxemburg bzw. Brüssel geplant. Eine informelle Videokonferenz der Arbeits- und Sozialminister soll am 17.07.2020 stattfinden, ein weiterer informeller EPSCO am 02.11.2020 in Berlin. Die Gleichstellungsministerinnen und -minister kommen zu einem ebenfalls informellen Austausch am 19./20.11.2020 in Potsdam zusammen.

[Programm der EU-Ratspräsidentschaft](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Bereich des StMGP

Im Gesundheitsbereich möchte sich die deutsche Ratspräsidentschaft im Zusammenhang mit der Coronavirus-Krise für eine Verbesserung des EU-Krisenmanagements einsetzen. Zudem sollen unter anderem Handlungsansätze diskutiert werden, wie die Versorgung mit Arzneimitteln, Medizinprodukten und persönlicher Schutzausrüstung weiter verbessert werden kann. Wichtige Termine während der deutschen Präsidentschaft werden u. a. eine informelle Videokonferenz der Gesundheitsminister am 16.07.2020 sowie ein formeller Gesundheitsministerrat am 02.12.2020 sein.

Deutschland bildet gemeinsam mit Portugal und Slowenien ein neues Präsidentschaftstrio mit einem gemeinsamen 18-Monatsprogramm. In diesem Programm wird u. a. die Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung mit Arzneimitteln als Priorität genannt. Zu den weiteren Zielen des Dreivorsitzes gehören die Förderung des digitalen Austauschs von Gesundheitsdaten, die Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie die Mitwirkung bei der Ausarbeitung und Umsetzung des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung.

[Webseite der deutschen Ratspräsidentschaft](#)

[Gemeinsames 18-Monatsprogramm](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Geschäftsbereich des StMD

Im Bereich Digitales ist thematische Klammer der deutschen Ratspräsidentschaft der Ausbau der digitalen Souveränität Europas. Europa müsse bei digitalen Schlüsseltechnologien über Kompetenzen auf internationalem Spitzenniveau verfügen. Man wolle ein gemeinsames Verständnis im Kreis der Mitgliedstaaten über die Definition von und den Weg hin zu mehr digitaler Souveränität erzielen. Initiativen wie „Gaia X“, aber auch Effekte von Krisen auf Netzkapazitäten und Breitbandziele sollen im Kreis der Mitgliedstaaten intensiv diskutiert werden. Größeren Raum nimmt die Datenpolitik ein. Man werde insbesondere die Weichen für einen europäischen Gesundheitsdatenraum stellen. Im Bereich Cybersicherheit soll die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Netz- und Informationssicherheit gestärkt werden. Man wolle ein einheitliches Mindestmaß an IT-Sicherheit bei allen auf dem Markt erhältlichen Geräten erreichen. Termin für den Rat der Telekommunikationsminister ist der 07.12.2020, ein informeller Rat ist für den 15.10.2020 vorgesehen.